

Medienmitteilung

## **Die Überwindung des Kapitalismus ist kein Scherz**

### **SP zieht den Volkswillen schon vor der Abstimmung ins Lächerliche**

**Heute hat die SP Schweiz bekannt gegeben, wie es nach der Annahme der Minderinitiative am 3. März 2013 aus ihrer Sicht weitergehen soll. Der Plan entspricht einer Abschaffung des Kapitalismus in Raten. Dabei missachtet die SP den Volkswillen, bevor dieser überhaupt geäussert worden ist.**

Für die SP wäre eine allfällige Annahme der Minderinitiative nur der erste Schritt eines langfristigen, wirtschaftsschädlichen Plans: Die 1:12-Initiative, Mindestlöhne, die Erbschaftssteuer-Initiative, die Abschaffung der Pauschalbesteuerung sowie verschiedene gesetzliche Quoten wären weitere Etappen zur Überwindung des Kapitalismus.

Die SP behauptet einerseits, die Minderinitiative sei rasch und problemlos umsetzbar. Pikanterweise beruft sie sich dabei auf die Vorarbeiten, die mit den „unbestrittenen Gegenvorschlag“ bereits geleistet worden seien. Trotzdem lehnt sie diesen „unbestrittenen Gegenvorschlag“ ab und befürwortet die Initiative mit ihren zahlreichen strikten und absolut formulierten Verfassungsbestimmungen.

Gleichzeitig unterbreitet die SP heute Vorschläge, wie diese Verfassungsbestimmungen wieder aufgeweicht werden sollen. So anerkennt die SP in ihrem heutigen Papier, dass die absolute Stimpfpflicht für die über 2'700 Pensionskassen in der Schweiz nicht in die Praxis umgesetzt werden kann. Und sie geht sogar so weit, dass zur Bestimmung des „Interesse der Versicherten“ diese nicht einmal unbedingt konsultiert werden müssten. Ebenso anerkennt die SP, dass die in der Initiative geforderten Strafbestimmungen zu weit gehen.

Andererseits bringt die SP beispielsweise mit der „Bonussteuer“ zusätzliche Forderungen ins Spiel, die im Rahmen der Initiative weit und breit nicht zu finden sind. Trotzdem behauptet die SP: „Wir orientieren uns strikte an den 24 Forderungen der Initiative, weil so dem Willen der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger entsprochen wird.“

Die BDP hält fest, dass das Schweizer Stimmvolk seinen Willen erst am 3. März äussern wird. Anschliessend wird sich die BDP für eine sinngemässe und praxistaugliche Umsetzung des Volkswillens einsetzen. Es ist aus Sicht der BDP verwerflich, wenn die SP heute schon den Volkswillen ignoriert, indem sie Forderungen stellt, zu denen sich das Stimmvolk am 3. März gar nicht äussern kann.

Die BDP hat immer wieder darauf hingewiesen, dass der indirekte Gegenvorschlag vorzuziehen ist, weil unter anderem die von der Initiative geforderten Verfassungsbestimmungen ein viel zu enges Korsett schnüren. Die SP hat dem stets widersprochen, präsentiert heute aber Vorschläge, wie diese Bestimmungen aufzuweichen seien. Für die BDP ist es unter diesen Umständen nicht mehr sachlich zu erklären, warum die SP die Initiative unterstützt und den Gegenvorschlag ablehnt.

#### Auskunft:

NR Martin Landolt, 079 620 08 51

25.02.2013